Ausgabe 2/2020

Informationen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Baden-Württemberg

SPD Baden-Württemberg

ASF aktuell

FRAUEN Gastbeitrag von Familienministerin Dr. Franziska Giffey - ab Seite 2
SYSTEM Auswirkungen der Corona-Krise - ab Seite 3
RELEVANT Krisenmanagement - ab Seite 9

SYSTEMRELEVANT!
EIN VIRUS BESTIMMT UNSER LEBEN

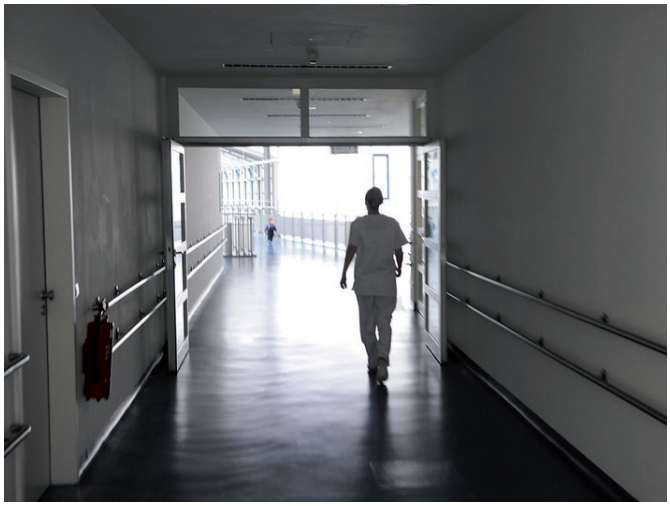
Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

„…ein Virus bestimmt unser Leben. Rund um den Globus fahren Länder das soziale Leben und die Wirtschaft auf Null! Die Weltbevölkerung steht einer Covid-19-Pandemie gegenüber und alle Kraft gilt der Rettung von Menschenleben. Kontaktverbote, Ausgangsbeschränkungen und Ladenschließungen, um Infektionsketten zu unterbrechen, damit das Gesundheitswesen Zeit bekommt, alles Erdenkliche zu tun, um erkrankte Personen medizinisch so zu versorgen, dass wir kein Massensterben erleben wie in unseren europäischen Nachbarstaaten. Schulen und Kitas sind geschlossen. Belastungssituationen nehmen zu und die Herausforderungen in allen Lebensbereichen werden täglich größer. Wie belastbar wir sind, wird sich noch herausstellen…“ – könnte die atemberaubendere Inhaltsbeschreibung eines weltumfassenden Sciences-Fiction-Thriller sein. Könnte!

Wer von uns hätte für möglich gehalten, dass dies gerade unser aller Alltag ist?!?

Wenn Abstand halten, das Einstellen sämtlicher sozialen Kontakte und zu Hause bleiben Maßnahmen sind, die schützen. Diejenigen, die „systemrelevante“ Bereiche am Laufen halten und diejenigen, die zu den sogenannten Risikogruppen gehören.

Und plötzlich sind wir Frauen „systemrelevant“. Wir erhalten Beifall und große Solidarität, weil wir das System am Laufen halten, Kinder betreuen und uns um die Menschen in Krankenhäusern und Pflegeheimen kümmern sowie die Stellung an den Supermarktkassen halten. Auch der Fokus auf die Gefahren der Krise liegt bei uns Frauen wie nie zuvor: Die Zunahme häuslicher Gewalt und der Anstieg von Belastungen, gerade bei Alleinerziehenden oder pflegenden Angehörigen.



IN DIESER AUSGABE

Editorial	Seite 1
Frauen halten den Laden am Laufen	Seite 2
Digitales Arbeiten nach Corona	Seite 3
Home-Office	Seite 4
Auswirkungen von Covid-19	Seite 5
Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen	Seite 6
Menschen mit traumatischen Erfahrungen	Seite 7
Susi Schnäpf	Seite 8
Krisenmanagement und moralische Verpflichtung	Seite 9
Junge Frauen in der Corona-Krise	Seite 10
Impressum	Seite 11

Und urplötzlich sind sich alle einig; Schließen der Lohnlücke, höhere Grundgehälter, bessere Arbeitsstrukturen, realisierbare Vereinbarkeit von Familie und Beruf und viel mehr Angebote rund um den Schutz von Frauen!

Wir finden das sollte nicht nur Konsens während einer Krise sein!

Frauen sind immer „systemrelevant“ und wenn ein Virus dies wieder ins Gedächtnis der Allgemeinheit bringt – dann hätte diese schlimme Zeit, wenigstens ein bisschen was Gutes!

Gleichstellungspolitik war vor Covid-19 wichtig, ist innerhalb der Krise elementar und muss im Anschluss auf der politischen Agenda als fester Bestandteil in allen Politikfeldern sein.

Frauen sind „systemrelevant“ und zu keiner Zeit ein weiches Randthema! – Das wird in der aktuellen Ausgabe unseres ASF Aktuell mehr als deutlich.

Frauen leisten Tag für Tag Unglaubliches und leider müssen sie auch unglaubliches Leid ertragen.

Eine spannende Lektüre rund um die „Systemrelevanz“ von Frauen liegt vor.

Lesen – staunen – ärgern – diskutieren – engagieren. Nur nicht ignorieren!

Nun wünsche ich ein interessantes Leseerlebnis.

Sonja Elser
ASF-Landesvorsitzende

FRAUEN HALTEN DEN LADEN AM LAUFEN
- NICHT NUR IN ZEITEN VON CORONA

Die Corona-Pandemie wirkt an vielen Stellen wie ein Brennglas. Sie zeigt mit aller Deutlichkeit, an welchen Stellen unsere Politik ansetzen muss.

Ein Beitrag von **Dr. Franziska Giffey**, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Mein Leitsatz für die Gleichstellungspolitik ist „Frauen können alles“. Und selten wird das deutlicher als in diesen Tagen. In dem Ausnahmezustand, in dem wir uns während der Corona-Pandemie befinden, halten Frauen den Laden am Laufen: ob als Pflegerin im Krankenhaus oder im Pflegeheim, als Kassiererin im Einzelhandel oder als Erzieherin in der Notbetreuung. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung liegt der Frauenanteil in den „systemrelevanten Berufsgruppen“ bei knapp 75 Prozent[1].

Frauen können alles – das ist eine Tatsache, nicht nur in Zeiten von Corona. Der Satz ist aber nicht nur Fakt, sondern auch Forderung. Denn viel zu oft werden Frauen Hindernisse in den Weg gelegt. Viel zu oft müssen sie in ihrem Alltag mit schlechten Arbeitsbedingungen, schlechter Bezahlung und fehlenden Perspektiven kämpfen. Vor allem in den Berufen, die jetzt als unverzichtbar eingestuft wurden.

„Brauchen strukturelle Verbesserungen in den sozialen Berufen.“

5,7 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in den sozialen Berufen: in Beratungsstellen und sozialen Einrichtungen, in Kitas, in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Das ist fast ein Fünftel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. 80 Prozent von ihnen sind Frauen.

Schon vor Beginn der Corona-Krise war klar: Die Arbeit, die in den sozialen Berufen geleistet wird, ist wichtig und wertvoll. Trotzdem behandeln wir die Menschen in diesen Berufen immer noch ein bisschen so, als würden sie ihre Aufgaben nebenbei oder aus reiner Nächstenliebe wahrnehmen – wie früher Ehefrauen, Töchter oder Schwiegertöchter. Ernsthafte Anerkennung, wie sie „Männerberufen“ entgegengebracht wird, ist selten. Das wollen wir ändern, indem wir die sozialen Berufe aufwerten. Einmalzahlungen sind schön, gebraucht werden aber strukturelle Veränderungen: bessere Bezahlung auf Dauer, bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und bessere Chancen auf Karriere.

© Bundesregierung / Jesco Denzel

Nur 20 Prozent der Beschäftigten in der Pflege arbeiten zu tariflichen Bedingungen. Wenn wir eine Aufwertung der sozialen Berufe erreichen wollen, dann brauchen wir dafür auch eine stärkere tarifliche Bindung.

Derzeit verhandeln die Arbeitgeber in der Pflegebranche und die Gewerkschaft Ver.di über einen neuen Tarifvertrag. Wenn der Tarifabschluss da ist, will Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ihn als allgemeinverbindlich für die ganze Bundesrepublik erklären. Das ist ein wichtiger Schritt, denn wir brauchen einen bundesweit gültigen Tarif. Auch deshalb sollte der Tarifabschluss deutlich machen, welchen Stellenwert die Pflege in unserem Land hat – nicht nur in der Corona-Krise.

Die Arbeit von Frauen ist unverzichtbar – auch zu Hause

Frauen halten den Laden am Laufen – das gilt nicht nur für die Berufe, die in der Krise unverzichtbar sind. Es gilt auch für den Alltag in den Familien zu Hause.

Familien stehen gerade vor großen Herausforderungen. Kinder wollen betreut werden, es muss Essen gekocht, Wäsche gewaschen und geputzt werden – und das im Moment so gut wie ohne Unterstützung von außen. Dazu kommen in vielen

[1] In Krankenhäusern arbeiten 76 Prozent Frauen, im Einzelhandel 72,9 Prozent, in Kindergärten und Vorschulen 92 Prozent.

Fällen die Schulaufgaben im „Homeschooling“. Und bei alldem müssen Eltern auch noch ihre eigene Arbeit dort, wo es möglich ist, im Homeoffice erledigen.

In vielen Familien fallen diese Aufgaben mehrheitlich den Frauen zu – auch wenn beide Eltern arbeiten. Es ist wichtig, dass wir in dieser Ausnahmesituation nicht in alte Rollenmuster verfallen, die dann auch nach Ende der Krise weiter Bestand haben. Denn nur wenn Sorgearbeit gerecht zwischen Männern und Frauen verteilt ist, haben Frauen die gleichen Chancen auf berufliche Selbstverwirklichung wie Männer.

Eine Gruppe dürfen wir dabei auch nicht vergessen: Während die gegenwärtige Situation schon für Paarfamilien herausfordernd ist, ist sie für die 1,5 Millionen Alleinerziehenden oft überwältigend. Für viele ist es schlichtweg nicht möglich, Job und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bekommen.

Rund 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, die oft in Teilzeit arbeiten und mit kleinen Einkommen über die Runden kommen müssen. Familien mit kleinen Einkommen trifft die Krise besonders hart – wenn etwa die Kinderbetreuung oder ein Teil des Einkommens wegfällt.

Für diese Familien haben wir den Notfall-Kinderzuschlag (KiZ) geschaffen. Familien, die jetzt akute Verdienstausfälle haben, können vom KiZ profitieren. Einer Paarfamilie mit zwei Kindern und einem Einkommen von ca. 1.400 bis ca. 2.400 Euro netto bei mittleren Wohnkosten stehen jetzt mit dem Notfall-KiZ zum Beispiel bis zu 185 Euro im Monat pro Kind zu, zusätzlich zu Kindergeld und Wohngeld. Bis Ende September gilt ein Bemessungszeitraum von nur noch einem Monat statt 6 Monaten. Die Corona-Pandemie wirkt an vielen Stellen wie ein Brennglas. Sie zeigt mit aller Deutlichkeit, an welchen Stellen unsere Politik ansetzen muss – sei es bei der Aufwertung der sozialen Berufe, der gerechten Verteilung von Sorgearbeit oder der Unterstützung von Familien mit kleinen Einkommen.

Das Zuhause ist für viele Frauen ein gefährlicher Ort

Das gilt auch für das Thema Gewalt gegen Frauen. In der Krise verschärft sich die Gefahr, die von häuslicher Gewalt ausgeht. Für viele Frauen ist das Zuhause ein gefährlicher Ort. Und dieses Zuhause wird umso gefährlicher, je weniger Möglichkeiten es gibt, sich aus dem Weg zu gehen – und je weniger Kontrolle von außen, denn regelmäßige Kontakte in der Kita, der Schule und bei der Arbeit fallen weg.

© Photothek

Wie sehr sich die Lage in den eigenen vier Wänden in den letzten Wochen verschärft hat, wissen wir womöglich erst nach Ende der Krise, wenn Frauen vermehrt Hilfs- und Beratungsangebote wahrnehmen. Aber schon jetzt ist klar: Auch in Zeiten von Corona müssen Frauen, die von Gewalt betroffen sind, die Hilfe bekommen, die sie benötigen. Wir setzen alles daran, um den Betrieb und die Funktionsfähigkeit des Hilfesystems aufrecht zu erhalten – zum Beispiel mit dem kostenlosen Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“, das unter der Nummer 08000 116 016 für viele Frauen eine erste Anlaufstelle ist. Mit den Bundesländern habe ich verabredet, dass unbürokratisch Hotels oder leerstehende Ferienwohnungen durch Länder und Kommunen für die Unterbringung ausgeweitet werden können, wenn die Kapazitäten in den Frauenhäusern erschöpft sind.

Die Corona-Krise schärft den Blick dafür, an welchen Stellen unser System verbessert werden muss. Aber sie macht auch deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind: mit unseren Bemühungen zur Aufwertung der sozialen Berufe, mit den Modellen zur partnerschaftlichen Aufteilung der Sorgearbeit etwa beim ElterngeldPlus, mit dem Kampf gegen Gewalt an Frauen und mit der Forderung nach mehr Frauen in Vorständen. Im Bundesfrauenministerium nehmen wir diese Ausnahmesituation zum Anlass um daran zu erinnern: Frauen halten den Laden am Laufen halten – nicht nur in Zeiten von Corona.

DIGITALES ARBEITEN NACH CORONA
WAS JETZT AUFGEBAUT WURDE, WIRD BLEIBEN

In einigen Monaten wird es ein Vorher und Nachher geben: vor und nach Corona. Die Corona-Krise bringt alte Gefüge ins Wanken. Die Frage, wie das Danach aussieht, entscheidet sich jetzt gerade.

Vieles lässt hoffen – und die Digitalisierung spielt dabei eine zentrale Rolle, denn auf einmal geht es für ganze Abteilungen, Wirtschaftszweige, Behörden und Verwaltung, den Bildungsbereich und viele andere mehr im Homeoffice zu arbeiten.

Was zuvor oft aus fadenscheinigen Gründen abgetan wurde, war von einem Tag auf den anderen möglich. Das zeigt deutlich, dass häufig der scheinbare Kontrollverlust über die Mitarbeiterschaft im Vordergrund stand und nicht das Vertrauen in seine Angestellten, dass sie selbstverständlich genauso gut arbeiten werden. Millionen Menschen erfahren gerade, dass Unternehmen auch dann weiterlaufen, wenn Mitarbeiter*innen von zu Hause aus arbeiten.

Unter normalen Umständen sind es vor allem Personen, die flexibler arbeiten wollen – ob wegen der Kindererziehung, der Betreuung von Angehörigen oder wegen einer weiten Anfahrt – welche von neuen digitalen Arbeitsformen profitieren. Aktuell sind allerdings genau die Familien mit Kindern, die betreut werden müssen (und hier wiederum auch vor allem die Mütter), diejenigen, die eine große Doppelbelastung tragen müssen und somit wenig vom neuen digitalen Arbeiten profitieren können.

Johannah Illgner

Und trotzdem lässt sich die Frage „Was können wir nach Corona besser machen?“ in Bezug auf die Digitalisierung klar beantworten: digitales Arbeiten, digitales Lernen und die neu geschaffene digitale Infrastruktur sollte nicht wieder rückgebaut werden, sondern die wichtigen Schritte, die jetzt in einer Art „Schock-Digitalisierung“ im Schnelldurchlauf gegangen wurden, sollten sich fortsetzen.

Was jetzt an digitaler Infrastruktur für Krisenzeiten in Unternehmen, Behörden und Organisationen im Eiltempo aufgebaut wird, wird auch nach der Krise bleiben. Die Coronakrise verändert gerade unseren gesellschaftlichen Blick auf die Digitalisierung für immer und es entsteht ein breites Bewusstsein dafür, dass digitale Technik in Zeiten existenzbedrohender Krisen ein Stabilisierungsfaktor ist und keine Bedrohung. In neuen, digitalen Arbeitsformen und im damit verbundenen flexiblen Arbeiten liegen große Chancen – gerade auch für Frauen.

Johannah Illgner
Mitglied im ASF-Landes- und Bundesvorstand

HOME-OFFICE
CORONA VEREINT UNVEREINBARES

In Zeiten einer Pandemie sind plötzlich viele Dinge möglich, die man noch bis vor kurzem für völlig undenkbar gehalten hatte: flächendeckend werden weltweit die meisten Menschen mit einem Bürojob ins Home-Office geschickt. Das von der Bundes-SPD geforderte Recht auf Home-Office ist über Nacht Wirklichkeit geworden. Bisher war man auf einen kulanten Chef bzw. eine kulante Chefin angewiesen, wenn man von zu Hause arbeiten wollte. Die in vielen Unternehmen und Verwaltungen tief verankerte Präsenzkultur verhinderte in der Regel, dass man allzu oft von dieser Möglichkeit Gebrauch machte. Mehr oder weniger direkt, hat man sich im Home-Office von Kolleginnen und Kollegen oder auch von den Chefinnen und Chefs eher die Unterstellung anhören müssen, dass man zu Hause dann doch nicht so richtig arbeitet.

Die zwangsweise massive Ausweitung des Home-Office wird häufig als positive Seite der Corona-Pandemie angeführt: Endlich sehe man, dass auch Jobs, bei denen in Vor-Corona-Zeiten gesagt wurde, man müsste dazu im Büro sein, auch von zu Hause erledigt werden können. Damit wird die Hoffnung verbunden, dass das Recht auf Home-Office nach der Pandemie selbstverständlich dazu gehört und akzeptiert wird.

Wenn man dieser Tage von zu Hause arbeitet, ist das zunächst einmal ein Privileg. Es bedeutet mit großer Wahrscheinlichkeit, dass man nicht in die Kurzarbeit geschickt wurde, sondern weiter das bisherige Gehalt bekommt, und dass der Arbeitgeber auch noch Verständnis und Kulanz dafür aufbringt, wenn man in Zeiten geschlossener Schulen und Kindertagesstätten neben der Arbeit noch die Kinder betreut.

Immer noch sind es die Frauen, die den Großteil der Betreuungsarbeit für Kinder leisten. Es wäre vermutlich abwegig zu vermuten, dass sich diese Arbeitsteilung durch die Pandemie plötzlich geändert haben sollte. Die Vermutung liegt nahe, dass Frauen in besonderer Weise von der Unmöglichkeit betroffen sind, ihre normale Arbeit im Home-Office zu erledigen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die Kinder die Schulaufgaben zunächst verstehen, dann auch tatsächlich erledigen und nicht den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzen oder beim Spielen die Wohnungseinrichtung komplett ruinieren.

Es ist ein Segen, dass sich bei Telefonkonferenzen das Mikrofon ausschalten lässt. Die Kollegen bekommen es dann nicht

Christiane Albrecht

mit, wenn man den Kindern kurz sagt, was davon zu halten ist, wenn im Wohnzimmer mit der Blumenspritze herumgesprüht wird. Aber es ist auch eine große Belastung, diese unvereinbaren Welten, die da im Home-Office aufeinanderprallen zu vereinen und alles unter einen Hut zu bekommen. Home-Office während der Corona-Pandemie ist gewissermaßen die konzentrierte Form des Zustands, den insbesondere arbeitende Mütter ohnehin schon haben: Das Gefühl macht sich breit, alles ein bisschen aber nichts so richtig zu machen. Den Kindern gegenüber besteht ein schlechtes Gewissen, weil Mama sie häufig abwiegelt oder vertröstet, bisweilen auch genervt ist oder – wenig pädagogisch wertvoll – die Kinder fernsehen lässt. Dem Chef oder der Chefin und den Kolleginnen und Kollegen gegenüber macht sich das schlechte Gewissen breit, weil in regelmäßigen - teilweise kurzen - Abständen die Kinder von der Arbeit ablenken. Wenn sie Video- und Telefonkonferenzen sprengen, gehört das noch eher zum unterhaltsameren Teil des Home-Office.

Natürlich geht es auch phasenweise sehr gut, dass die Kinder ihre Aufgaben machen oder sich sonst sinnvoll beschäftigen

und wirklich ernsthaftes Arbeiten möglich ist. Zu erwarten, dass man über mehrere Stunden am Stück ungestört komplexe Sachverhalte bearbeiten kann, ist aber wohl eher unrealistisch.

Die Erfahrungen mit dem Home-Office in Corona-Zeiten sind daher leider womöglich nicht geeignet, um Vorurteile gegenüber dem Home-Office oder gar gleich die Präsenzkultur als Ganzes abzubauen. Denn letztendlich zeigt sich gerade täglich tausendfach das Offensichtliche: Kinderbetreuung und Arbeit sind beides gleichzeitig im Home-Office nur mit Abstrichen möglich. Ein Recht auf Home-Office könnte daher Eltern gegenüber vom Arbeitgeber wahrgenommen werden wie ein Recht auf teilweise Arbeitsverweigerung. Wenn sich die Kultur und die Haltung in den Unternehmen nicht ändern, dann geht mit dem Arbeiten von zu Hause ein ähnlicher Makel einher wie bei der Teilzeitarbeit. Damit kann Home-Office dann zwar wahrscheinlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, es läuft aber ähnlich wie die Teilzeit Gefahr, zum Karrierehindernis zu werden.

Was den Bewusstseinswandel befördern könnte, ist die Erkenntnis, dass man im Büro genauso unproduktiv oder produktiv sein kann wie zu Hause. Vielleicht hängt die Produktivität weniger von der Arbeitsumgebung als von der Tagesform und der persönlichen Motivation ab. Zu Hause sind es die Kinder oder die unaufgeräumte Küche, die ablenken, im Büro hält man einen Schwatz mit den Kollegen, verbringt Zeit in sinnlosen Meetings und das Handy liegt auch auf dem Schreibtisch.

Christiane Albrecht
Mitglied im ASF-Landesvorstand

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19
GEDANKEN ZU WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHÄNGEN

Andrea Schiele

Seit einigen Jahren führen Gewerkschaften Tarifauseinandersetzung, nicht nur um bessere Bezahlung, sondern auch um höhere Anerkennung von Sozial- und Erziehungsberufen, um Entlastung in Pflegeberufen, um die Allgemeinverbindlichkeit[1] von Tarifverträgen beispielsweise im Handel, um gute Arbeit. Kurzum das Grundprinzip: Arbeit muss zum guten Leben reichen. Gesellschaft und Politik stimmten mehr oder weniger deutlich der Forderung zu, unterstützen diese. Wir alle sind auch der Meinung, dass in Sozial- und Erziehungsberufen, in Pflegeberufen wichtige Tätigkeiten für die Gesamtgesellschaft verrichtet werden. Verbal. In der Realität wurden punktuell Erfolge in Tarifauseinandersetzungen erzielt, insgesamt hat sich die Arbeitssituation in vielen Bereichen nur unwesentlich verbessert. Wenn überhaupt.

Das Wort „systemrelevant“ fiel in diesem Zusammenhang wohl eher nicht, obwohl es sehr wohl angebracht gewesen wäre. Denn was anderes als systemrelevant ist es, wenn sich Menschen um die körperliche und seelische Gesundheit von Menschen kümmern, die Grundversorgung mit Gütern sicherstellen, durch Bildung von 0 bis 100 Jahren eine demokratische Gesellschaft erst ermöglichen?

Dass in vielen dieser Bereichen überwiegend Frauen, häufig zu schlechtbezahlten und/oder anderen prekären Arbeitsbedingungen arbeiten, ist nichts Neues. Neu ist hingegen, dass in Zeiten von covid-19 diese Branchen offiziell zu systemrelevanten Branchen erklärt wurden. Und gerade die Bereiche in denen überwiegend Frauen tätig sind, sind die, die nicht ins Homeoffice können, die weiterhin ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen fortsetzen. Und wieder bekommen sie, zu recht, viel Anerkennung von Gesellschaft und Politik. Wir singen auf den Straßen und klatschen von Balkonen, Politiker wie Frank-Walter Steinmeier oder Hubertus Heil formulieren klar, dass sich das künftig auch in der Bezahlung niederschlagen müsse und eben nicht nur auf der verbalen Ebene abspielen dürfe. Mal sehen. Im Bereich der Sozial- und Erziehungsberufe wie auch der Pflegeberufe sind die Träger*innen häufig die Kommunen, die Länder oder der Bund. Das bedeutet, dass in den aktuell auch anstehenden Tarifrunden im öffentlichen Dienst diese die Arbeitgeber*innenseite repräsentieren. Da wäre es doch ein guter Anfang selber für entsprechende Verbesserungen im Tarifsystem zu sorgen. Und ein ganz verwegener Gedanke: im Anschluss die Allgemeinverbindlichkeit mit den Gewerkschaften zusammen zu beantragen, um auch die privaten Arbeitgeber*innen in diesem Bereich mit in die Verantwortung zu nehmen. Es geht ja um systemrelevante Branchen. Und wenn die Arbeitsbedingungen attraktiv sind, steigt auch die Wahrscheinlichkeit dass mehr Menschen diese Berufe erlernen wollen, könnte auch dem Fachkräftemangel in diesen Bereichen mittelfristig entgegengewirkt werden und der Staat würde einen Teil seiner Handlungsfähigkeit stabilisieren.

Und wenn diese Branchen tatsächlich auch „nach covid-19“ noch als systemrelevant bewertet werden, dann wäre es doch nur schlüssig insgesamt die Finanzierung dieser Bereiche zu überdenken. Wie sich Pflegesätze berechnen, wie sich Personalkosten auswirken, wie Sachkosten angesetzt werden und ob die Privatisierung im Gesundheitswesen wirklich so eine tolle Idee war und ob der Umgang mit Menschen einer betriebswirtschlich eindimensionalen Kosten-Nutzen-Analyse unterliegen kann?

Das alles lässt sich allerdings nicht unter der Prämisse „schwarze Null“ realisieren. Gewerkschaften und Sozialverbände kritisierten diese von Anfang an – nun auch die Politik? Es geht ja um systemrelevante Branchen?

Doch es sind noch weitergehende Herausforderungen für die „nach covid-19“-Zeit denkbar:

- Welche Herausforderungen und Handlungsoptionen

[1] Allgemeinverbindlichkeit: Ausdehnung der Gültigkeit eines Tarifvertrags auch für bis dahin tarifungebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sofern dies im öffentlichen Interesse liegt. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (Abk. AVE) erlässt der Bundesminister für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenorganisation der Arbeitgeber und der Spitzenorganisation der Arbeitnehmer bestehenden Ausschuss, wenn dies die Tarifvertragsparteien gemeinsam beantragen

entstehen für Politik, eine demokratische Gesellschaft und Wirtschaft, wenn die Fragestellung nach Kosten-Nutzen-Effekten umfassender als mit materiellen bzw. finanziellen Aspekten beantwortet werden müssten?

- Entstehen durch diese möglicherweise veränderten Betrachtungen von Dienstleistungen neue bzw. veränderte Diskurse um Wertschöpfung und wenn ja, welchen Einfluss haben sie auf aktuelle Debatten wie beispielsweise die um Produktionsketten oder Nachhaltigkeit?
- Können die Antworten und Ergebnisse dann in Kapitalismusbasierten Systemen umgesetzt werden oder folgen dann auch hier weitreichende Veränderungsprozesse?

Mir ist bewusst, dass dies alles stark verkürzt und punktuell dargestellt ist. Und das das alles weit hergeholt scheint. Ich verzichte an dieser Stelle auch auf jeden Ansatz einer Gegenfinanzierung denn: Wenn es gewollt ist, finden sich auch Wege. In einer Zeit, in der so vieles auf den Kopf gestellt wird, könnte eine der viel zitierten Chancen darin liegen, dass wir die Grundsätze unseres Zusammenlebens demokratieorientiert hinterfragen, menschenwürdiger umgestalten. Und das Ziel „Arbeit muss zum guten Leben reichen“, stets näher an diejenigen heranrückt, die wir jetzt als systemrelevant feiern. Für dieses Ziel „spinne“ ich gerne ein bisschen herum – wer weiß, vielleicht ist es ja ansteckend.

So könnte die Einstufung als systemrelevant tatsächlich für das System von Relevanz sein.

Andrea Schiele
Stellv. ASF-Landesvorsitzende

FRAUENHÄUSER UND FRAUENBERATUNGSSTELLEN IN ZEITEN DER CORONA-KRISE

SPD-Frauen kämpfen seit Jahren um jeden zusätzlichen Platz in den Frauenhäusern und um eine auskömmliche öffentliche und bundesweit einheitliche Finanzierung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen. Dieser Kampf für die körperliche und seelische Gesundheit von Frauen ist heute so wichtig wie eh und je, er bekommt aber durch die Corona-Krise eine neue Brisanz. Die aktuellen Aufrufe zu Zusammenhalt und Solidarität unter dem Motto „bleibt zuhause“ zwingen Frauen unter Umständen zum Ausharren in Situationen, die höchst gefährlich bis lebensbedrohlich sein können.

Unausweichlich mit denselben Personen, über Wochen und auf begrenztem Raum, unter Stress, mit Sorge vor Krankheit, großer Verunsicherung, mit Zukunfts- und Existenzängsten - das alles birgt zusätzliches Konfliktpotenzial. Schon zu „Normalzeiten“ sind die eigenen vier Wände oft nicht das traute Heim, sondern der Ort, an dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit Frauen und Kindern – in seltenen Fällen auch Männern – permanent Gewalt angetan wird. Häusliche Gewalt ist in Deutschland ein großes Problem. Ausgangsbeschränkungen werden den Druck in vielen Familien und Partnerschaften, insbesondere für Frauen und ihre Kinder erhöhen.

Kontaktsperren dürfen nicht dazu führen, dass Frauen keine Auswege mehr aus häuslicher Gewalt finden. Sie haben ungeachtet äußerer Umstände das Recht auf ein Leben ohne Gewalt. Es braucht die Möglichkeit, der häuslichen Gewalt zu entfliehen, Rat und Hilfe zu suchen und zu finden!“

Frauenhäuser bieten den Betroffenen Zuflucht, Schutz und qualifizierte Unterstützung. Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe sind für solche Situationen spezialisiert und arbeiten mit den Frauen zusammen an Wegen aus scheinbarer Ausweglosigkeit. Das alles ist derzeit nur sehr eingeschränkt möglich. Beratung findet, wo immer möglich, nur noch telefonisch statt. Je nach technischer Ausstattung können die Mitarbeiterinnen dies auch im Home Office machen. Die Wohnsituation in den meisten Frauenhäusern ist so, dass Plätze gesperrt werden müssen, um die Kontaktmöglichkeiten einigermaßen kontrollieren zu können. Für Neuaufnahmen muss zusätzlich ein Quarantäneplatz bereitgestellt werden, um eine Ansteckung der anderen Bewohnerinnen und der Mitarbeiterinnen auszuschließen. Das heißt, die ohnehin zu wenigen Plätze in den Frauenhäusern sind derzeit zusätzlich reduziert. Für die Frauenhäuser in Baden-Württemberg, die ganz überwiegend durch Tagessätze finanziert sind, bedeutet das erhebliche Einnahmeverluste. Diese Verluste können derzeit auch nicht durch Benefizveranstaltungen oder andere Spendenaktionen ausgeglichen werden. Hinzu kommt, dass Auszüge derzeit so gut wie nicht möglich sind, d.h. die Frauenhäuser können kaum weitere Frauen und ihre Kinder aufnehmen.

Dr. Claudia Schöning-Kalender

Bei der Bundesfamilienministerin, Dr. Franziska Giffey (SPD), ist das Thema durchaus auf der Tagesordnung: „Die Frauenhäuser und Fachberatungsstellen sind die wichtigen Einrichtungen, um Frauen zu helfen, die häusliche Gewalt erfahren. Ihre Arbeit ist systemrelevant. In der Corona-Krise muss diese Arbeit gesichert werden. Die Beschäftigten müssen Zugang zur Notfallbetreuung für ihre Kinder haben und sie müssen die notwendige Infektionsschutzausstattung bekommen. Nur so kann die Arbeit in den Hilfesystemen aufrechterhalten werden. Die Länder müssen darauf ein Auge haben. Gemeinsam müssen wir unser Möglichstes tun, um die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Frauenhäusern und Fachberatungsstellen zu verbessern und von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen zu helfen. Wie sehr sich die Lage in den eigenen vier Wänden in den vergangenen Wochen verschärft hat, wissen wir womöglich erst nach Ende der Krise. Alle Expertinnen erwarten dann eine vermehrte Beanspruchung von Hilfs- und Beratungsangeboten. Häufig melden sich Betroffene erst mit einer Verzögerung. Darauf müssen wir uns jetzt vorbereiten.“

Der ASF Bundesvorstand hat entsprechende Forderungen formuliert:

1. **Sicherung der Gehälter**
   Qualifizierte Mitarbeiterinnen, die durch Krankheit ausfallen, müssen umgehend ersetzt werden können. Dafür

sind gesicherte Finanzierungswege unumgänglich. Zur Schließung von Frauennotrufen oder Frauenhäusern darf es auf keinen Fall kommen.

2. **Unterstützung bei technischer Ausstattung für Telefon- und Onlineberatung**
Wenn Beratung, das Zuhören, das Trösten oder die Suche nach einem Ausweg nicht mehr persönlich in den Geschäftsstellen möglich sind, brauchen die Einrichtungen eine schnelle Unterstützung im Ausbau ihrer technischen Möglichkeiten, um in den Onlinebereich zu wechseln und auch für Selbsthilfegruppen technische Gruppenangebote aufzubauen.

3. **Ausbau von weiteren Notschlafplätzen für Frauen und deren Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind**
Durch unbürokratische Maßnahmen, wie das Anmieten von derzeit stillgelegten Hotels, muss für eine Aufstockung von Frauenhäusern mit sog. Ausweichschlafplätzen gesorgt werden. Wir brauchen jetzt sofort für die kommenden Monate mehr Betten, und nicht weniger.

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul Konvention, wurde von der Bundesregierung im Februar 2019 ratifiziert, sie hat Gesetzeskraft und sie muss auch in Zeiten der Corona Krise weiterhin und in vollem Umfang gelten. Die Arbeit in den Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen ist systemrelevant, Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung. Deshalb fordern die SPD-Frauen, dass Bund, Länder und Gemeinden alles dafür tun, dass die Kontaktsperre aufgrund der Corona-Krise nicht zur Gewaltfalle für Frauen und Kinder wird.

Dr. Claudia Schöning-Kalender
Stellv. ASF-Bundesvorsitzende und
Mitglied im ASF-Landesvorstand

MENSCHEN MIT TRAUMATISCHEN ERFAHRUNGEN
WIE WIRKT SICH CORONA AUF SIE AUS?

„Der Ausbruch des neuen Coronavirus macht vielen Menschen Angst. Die massiven Einschränkungen im Alltagsleben verstärken die psychische Belastung zusätzlich. Gerade Menschen, die möglicherweise vorher schon seelisch angeschlagen waren, sind jetzt besonders in Gefahr, ihren zu Halt verlieren“, schreibt die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie, Neurologie und Psychosomatik in einem Rundbrief zur Corona-Krise. Denn ganz allgemein sind für Menschen mit psychischen Erkrankungen Tagesstruktur, Betreuungsmöglichkeiten und soziale Kontakte oft wichtig, damit sich ihre psychische Störungen nicht verschlechtern.

In meiner Arbeit als Psychotherapeutin beobachte ich, wie traumatisierte Menschen die massiven Einschränkungen im Alltagsleben jedoch zusätzlich als einen erneuten, oft schwer erträglichen Kontrollverlust erleben. Dies betrifft leider im Besonderen Frauen, da diese aufgrund von Traumata wie sexuellem Missbrauch oder Vergewaltigung ungefähr doppelt so häufig an einer klinisch relevanten Traumafolgestörung leiden als Männer. Circa jede 9. Frau, so schätzt die Berliner Charité, erkrankt einmal in ihrem Leben an einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) mit den Symptomen Wiedererleben, Vermeidung und Übererregung infolge eines extrem belastenden Ereignisses oder einer Situation außergewöhnlicher Bedrohung.

Was jedoch genau für die einzelne Person besonders belastend ist, hängt oft mit den belastenden Vorerfahrungen insbesondere in Kindheit und Jugend, zusammen. So triggern die Kontaktbeschränkungen – und im Besonderen natürlich Quarantäne - stark all diejenigen Menschen, die aus den verschiedensten Gründen bereits als Kind sozial isoliert oder eingesperrt wurden. Gerade in Familien mit Gewalt wurde nicht selten darauf geachtet, dass das misshandelte Kind keinen normalen sozialen Kontakt zu anderen Kindern und keine Freundschaften hatte. Andere wurden als Kind zur Bestrafung in den Keller, ein Zimmer oder einen Schrank eingesperrt und bekommen nun schon bei dem Gedanken Panik, dass es vielleicht zu einer allgemeinen Ausgangsperre kommen könnte. Wer früher nicht einfach draußen mit anderen Kindern spielen durfte oder Freunde besuchen konnte hat dann oft später, vielleicht auch im Rahmen einer Psychotherapie, mühsam gelernt, sich mit dem notwendigen zwischenmenschlichen Kontakt zu versorgen. Wenn dieser nun massiv beschränkt wird, löst das bei traumatisierten Menschen nicht selten das Gefühl von Kontrollverlust und Panik aus und reaktiviert die alten Ohnmachtsgefühle der früheren Belastungserfahrungen.

Dr. Brigitte Schmid-Hagenmeyer

Nicht zu vergessen ist aber auch, dass sich sozial ängstliche Menschen, die traumatische Übergriffe im Außenbereich machen mussten, durch das „social distancing“ auch entlastet fühlen können. Nun dürfen sie die sowieso angstbesetzten sozialen Kontakte mit gutem Grund vermeiden. Dieses Verhalten verstärkt jedoch wiederum eher die überwertigen sozialen Ängste und kann zu übermäßiger Isolation mit allen negativen Folgen führen.

Ebenso destabilisierend wirkt sich für traumatisierte Menschen oft auch der Wegfall der mühsam aufgebauten Tagesstrukturen und haltgebenden Aktivitäten aus wie regelmäßige Yoga-Stunden, der Besuch des Fitnessstudios, der Chor oder die gemeinesame Mittagspause mit einer netten Kollegin.

Während die einen an der Unterreizung durch das soziale Distanzieren leiden, tun dies andere aufgrund von Überreizung. Wo Familien und Paare nun jetzt fast rund um die Uhr auf engem Raum aufeinander sitzen, kochen nicht selten auch Konflikte und Aggressionen hoch und es kommt noch häufiger als sonst schon zu Gewallt insbesondere an Frauen und Kindern. Aus China ist bereits bekannt geworden, dass es während der sozialen Isolierung in der Corona-Krise zu einer Verdreifachung der Anrufe wegen häuslicher Gewalt kam. Für Traumatisierte

Menschen bedeutet dies, dass sie nun einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind retraumatisiert zu werden. Deshalb ist es nun besonders wichtig, trotz des reduzierten gesellschaftlichen Lebens konkrete und niederschwellige Hilfs- und Beratungsangebote wie das Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" (08000 116 016) auszubauen, wie es das Bundesfamilienministerium aktuell plant.

Sehr problematisch ist vor diesem Hintergrund auch die Tatsache, dass es für psychisch instabil gewordene Menschen und von häuslicher Gewalt Betroffene kaum mehr konkrete Behandlungs- und Ausweichmöglichkeiten gibt. Die Stationen der Psychiatrien und psychosomatischen Kliniken schließen nämlich aktuell wegen der Bereitstellung von Personal für die Versorgung von Coronapatienten. Da an vielen Standorten nur noch Akutfälle versorgt werden, zum Beispiel bei Suizidalität, werden zudem nun auch viele traumatisierte PatientInnen nach Hause entlassen, nicht selten in schwierige familiäre Verhältnisse. Stationäre Traumatherapien und wichtige Traumadurcharbeitungen werden mitten im Prozess abgebrochen und die PatientInnen mit anbehandelten und damit aktualisierten Traumatisierungen alleine nach Hause entlassen. Auch Patienten, die aktuell dringend auf eine stationäre Behandlung warten, müssen nun damit rechnen, dass sich dringende Behandlungen um mehrere Monate verschieben. Dieses erneute Alleingelassen werden von der HelferInnenseite reaktiviert wiederum nicht selten die frühere Erfahrung den Schrecken alleine und ohne jegliche soziale Unterstützung aushalten zu müssen.

Zusammenfassend bedeutet die aktuelle Situation für Traumatierte enorm viel Stress. Sie erleben dieser Tage häufig, dass sie überrollt werden von Gefühlen wie Ohnmacht oder Kontrollverlust. Corona ist für sie ein Trigger, durch den alte Gefühle hochkommen. Es ist wichtig, dann die Unterschiede zu früher herauszuarbeiten, also zu verstehen: Heute entscheide ich mich aktiv in die Quarantäne zu gehen, um mich und andere zu schützen. Das ist etwas anderes als eingesperrt zu werden als Bestrafung. Ich muss mir klar machen, dass ich das für mich und die anderen mache. Und dass ich damit etwas zur Gemeinschaft beitrage.

Sich vor einer möglichen Ansteckung mit dem Corona-Virus zu schützen ist für Traumatisierte auch besonders wichtig. Experimentelle Studien zeigen, dass chronischer (Psycho-) Stress vor allem das adaptive körpereigene Immunsystem hemmt, welchem eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von viralen Infektionen, zu denen auch der neuartige SARS CoV 2 zählt, zukommt. Insofern wäre zu prüfen, ob traumatisierte Menschen nicht auch eine Risikogruppe darstellen, die gerade bei der künftigen Lockerung der Maßnahmen besonderen Schutz genießen sollten.

Dr. Brigitte Schmid-Hagenmeyer
Mitglied im ASF-Landesvorstand

GENIESST DIESE HERRLICHE ZEIT!
KOLUMNE VON SUSI SCHNÄPF

Mein Name ist Susi Schnäpf und ich genieße diese herrliche Zeit! Die Sonne scheint, niemand nervt und will sich ständig treffen und der Stapel ungelesener Bücher schrumpft!

Gut, ich muss zugeben: Ich arbeite in keinem systemrelevanten Beruf, meine Internetverbindung ist super und lieber sehe ich die Nase meines Kollegen auf meinem Bildschirm als dass ich seinen Körpergeruch in der Nase habe. Na, und ich habe auch keine Kinder, keine Angehörigen zu pflegen, gehöre nicht zur Risikogruppe und generell mag ich Menschen nicht so gerne. Das schützt vor Einsamkeit. Ich verdiene ausreichend, muss nicht in Kurzarbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf interessiert mich nicht und ich habe auch keinen Alten Zuhause, der mir auf die Pelle rücken könnte. Mir geht es gut! Und ich weiß gar nicht, was anderen so jammern. Sollen sich doch lieber mal mit einem Kaffee in ihren Garten setzen und tief ein- und ausatmen. Bisschen Yoga machen oder so.

Das Schöne an mir ist: Mich gibt es nicht! Covid-19, my ass.

Aber natürlich habe ich an alle anderen Frauen da draußen einen ungefragten, aber großartigen Ratschlag:

Macht es wie ich! Genießt diese wunderbar entschleunigte Zeit!

(Solltet ihr aber eine real existierende Person sein, dann seid Superheldinnen, bis ihr - wie immer - den Laden gerettet hat. Und danach Revolutionärinnen, um endlich das System zu ändern.)

Fühlt euch durch eure Mundschutzmasken gebusselt.

Eure

Susi Schnäpf

KRISENMANAGEMENT UND MORALISCHE VERPFLICHTUNG - ODER DIE FRAGE NACH SOZIALER VERANTWORTUNG!

Ein Blick hinter die Kulissen als „systemrelevante“ Arbeitgeberin.

Der AWO Kreisverband Göppingen e.V. ist Träger der freien Wohlfahrtspflege und ist bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie mit dem ambulanten Pflegedienst und der Sozialpädagogischen Familienhilfe aktiv beteiligt. Wie bei vielen anderen Arbeitgebern, gibt es auch Bereiche, die durch Schulschließungen und der Aussetzung unserer hausinternen Sprach- und Integrationskurse durch das BAMF, von Kurzarbeit betroffen sind.

Insgesamt sind bei der AWO in Göppingen 85 Menschen beschäftigt. Wie in sozialen Berufen üblich, sind es überwiegend weibliche Angestellte. Diese Frauen arbeiten zu ganz unterschiedlichen Konditionen und Prozentanteilen. Teils geringfügig beschäftigt oder auf Honorarbasis. Alleinerziehend und/oder noch mit zu pflegenden Angehörigen beschäftigt. Wiedereinsteigerinnen oder Berufsanfängerinnen. Zusätzlich finden sich unter den Frauen auch Beschäftigungsverhältnisse, die gemeinsam mit der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter getragen werden. Es geht um die Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser Frauenin den sozialen Arbeitsmarkt (§16i SGB II).

Meine Mitarbeitenden in der Sozialpädagogischen Familienhilfe stimmen sich tagaktuell mit mir ab, ob und wie sie den Familien zur Seite stehen können. Die Situation innerhalb der Familien spitzt sich zusehends zu. Ein Spagat für alle, die sich darum kümmern. Einerseits Kontakte auf ein Minimum reduzieren und andererseits das Wissen um den großen Hilfebedarf, der mit Dauer der Corona-Krise noch steigen wird. Meine Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten und der Auftrag, uns um drohende Kindeswohlgefährdung zu kümmern, ist angesichts des Kontaktverbots eine echte Gratwanderung.

Unser ambulanter Pflegedienst arbeitet auf Hochtouren und wird von Mitarbeitenden der anderen Abteilungen unterstützt, wo es möglich ist. Klassische Arbeitseinteilungen brechen weg und mein Team zieht an einem Strang. Tja, leider muss ich bei Mundschutz und Desinfektionsmittel Preissteigerungen von über 200% in Kauf nehmen. Noch sind alle meine Mitarbeitenden fit und in der Lage Zusatzschichten zu fahren, damit wir die Versorgung und Pflege der alten Menschen Aufrecht erhalten können.

Die Leiterinnen der Familientreffs haben eine telefonische Unterstützungshotline für Familien initiiert und geben Tipps, wie der neue Alltag in Isolation gelingen kann. Überforderung und Verzweiflung von Erziehungsberechtigten nehmen auch hier deutlich zu.

Wir sind noch in der glücklichen Lage in Göppingen, dass wir vom Landkreis Göppingen und Esslingen Finanzierungszusagen für die Schulbegleiter*innen bis zu den Osterferien hatten. Die Familientreffs und unserer Sprach- und Integrationskurse sind bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls abgesichert gewesen.

Diesen Zusagen und viele individuelle Lösungen mit meinem Mitarbeitenden ist es zu verdanken, dass wir bis zum 20. April 2020 keine Kurzarbeit beantragen mussten. Anderen AWOs in Württemberg geht es leider ganz anders, und das ist furchtbar. Besonders wenn sie Träger stationärer Einrichtungen sind.

Und nun nutzen auch wir bei der AWO in GP das Instrument der Kurzarbeit. Das ist ein sinnvolles Instrument, um die einzelnen Arbeitsplätze zu retten. Doch angesichts der niedrigen Grundlöhne haben meine Mitarbeitenden am Ende des Monats noch weniger, um all ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wir versuchen mit einer Aufstockung das Schlimmste abzufedern, aber leicht ist das für niemanden.

Sonja Elser

Als gemeinnütziger Träger haben wir natürlich versucht unter das Rettungspaket des Landes-Baden-Württemberg zu gelangen. Leider ist die grün-schwarze Landesregierung eher die Partnerin der privaten Anbieter im sozialen Bereich.

Das Hilfspaket für soziale Unternehmen ist zwar gut gemeint, allerdings alles andere als gut gemacht.

Wie kann es sein, dass wenn es um die Sozialunternehmen geht, nur die privaten und nicht die gemeinnützigen Unternehmen berücksichtigt werden? Was denkt sich die Landesregierung eigentlich dabei? Lernen wir nicht alle gerade die Lektion, wie wichtig die öffentliche Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Soziales ist? Rächen sich nicht gerade alle politischen Entwicklungen der letzten Jahre, das Soziale immer mehr unter der betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsbrille zu bewerten?

Seit Wochen versuche ich die soziale Infrastruktur in meinem Bereich für die Menschen aufrecht zu erhalten, meine Beschäftigten zu retten und die Corona-Zeit möglichst ohne Panik für die AWO im Landkreis zu managen.

Ich will keinen Dank und auch keinen Beifall! Das ist mein Job und den versuche ich gut zu machen.

Für uns alle ist das „Neuland“. Es gibt keine Richtschnur und keine Vorlagen, wie wir durch diese Krise kommen. Aber was wir haben ist unsere Solidarität. Viele meiner Mitarbeitenden engagieren sich in Nachbarschaftshilfen, geben telefonisch Nachhilfe oder fertigen Mundschutzmasken an. Alle leisten ihren Beitrag weit über ihr Soll hinaus. Das macht mich unglaublich stolz. AWO ist nicht nur ein Job. Nein, AWO ist Haltung. Das tut angesichts der Zeiten einfach nur gut.

Wenn all das überstanden ist, werden wir sehen, welche Herausforderungen auf den Sozialstaat zukommen. Welche Bedarfe bei den Menschen nach Kontaktverboten und massiven Einschränkungen entstehen. Welche neuen Werte und Normen wir für ein neues soziales Miteinander benötigen.

Dafür braucht es auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Flächendeckend und gut aufgestellt. Das muss auch heute schon berücksichtigt werden.

Ich habe viele Entscheidungen aus dem Bauch heraus getroffen. Mit meinen Angestellten und immer in der Abwägung zwischen dem Hilfebedarf einerseits und den vielen Beschränkungen andererseits. Ob sie alle gut und richtig waren, wird sich zeigen.

Noch sind alle Mitarbeitenden gesund und es gibt auch in der ambulanten Pflege noch keine Covid-19-Fälle. Das gibt Hoff-

nung, dass es uns gelingen wird die Corona-Zeit gut zu überstehen.

Politisch wird es eine Aufarbeitung geben müssen. Als Arbeitgeberin bin ich sehr froh, dass die SPD Bundesminister*innen einen wirklich guten Job machen. Würde sich doch die grün-schwarze Landesregierung nur ein Beispiel daran nehmen.

Ein Wunsch sei mir am Ende noch gestattet: „Wenn wir das alles überstanden haben, möchte ich für meine Mitarbeitenden weniger Beifall, sondern bessere Rahmenbedingungen – finanziell und strukturell. Bedarfsorientierte Verhandlungen der Kostensätze im Pflegebereich und das klare Bekenntnis, dass wir zu jeder Zeit „systemrelevant“ sind. Dafür brauchen wir eine bessere Grundausstattung und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Mensch muss vor dem Profit stehen!“

Sonja Elser
ASF-Landesvorsitzende

JUNGE FRAUEN IN DER CORONA-KRISE
PROBLEMLAGEN VERSCHÄRFEN SICH

Direkt zu Beginn, ich bin Sozialarbeiterin in der offenen Jugendhilfe, dass bedeutet ich arbeite in einem Jugendhaus, sowie in einer Maßnahme für schwer zu erreichende junge Menschen, die in den verschiedenen Systemen, wie beispielsweise in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt oder auch dem Sozialhilfesystem, durch das Raster fallen. Aus diesem Kontext heraus entsteht dieser Artikel.

Die aktuellen Medien sind voll mit Themen zur Corona Pandemie. Die Auswirkungen der Pandemie werden aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet, eines dieser Themenschwerpunkte ist auch die Corona Pandemie im Bezug auf Frauen und ihre Lebenslagen.

Viele der Beschäftigten in den systemrelevanten Berufen sind Frauen. Laut dem statistischen Bundesamt sind 75,6% der Beschäftigten im Gesundheitswesen weiblich[1], hierzu gehören beispielsweise Gesundheits- und Krankenpflegerinnen*, Altenpflegerinnen*, Ärztinnen* oder Pflegehelferinnen*. In Reinigungsberufen beträgt der Anteil der Frauen 74,5% und in Verkaufsberufen 72,1%[2] [3]. Zudem leisten Frauen Zuhause einen Großteil der unbezahlten Care-Arbeit[4]. Es kann also davon ausgegangen werden, dass Frauen einen großen Anteil leisten, um das Versorgungssystem in Deutschland aufrecht zu erhalten. Neben der ganzen Belastung, wie die unzähligen Überstunden, der Stress mit den wachsenden Zahlen von Infizierten, die Angst sich selbst anzustecken und der Druck, der von allen Seiten zu spüren ist, dass jeder* und jede* noch mehr leisten muss, damit möglichst viele wieder gesund und lebendig aus der Krise kommen, neben all dieser Belastung kommt ein weiterer Stressfaktor hinzu. Aufgrund der vorangegangenen Sparpolitik ist unser Gesundheitssystem marode, und auch wenn Hilfspakete auf den Weg gebracht werden, so werden wahrscheinlich trotzdem etliche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen schließen oder zumindest einiges an Personal entlassen müssen[5]. Das bedeutet gerade für junge Menschen ohne Kinder und Berufsanfänger*innen, dass sie laut Sozialplan als Erste gehen müssen. Sehr wahrscheinlich werden sie in kurzer Zeit einen neuen Job gefunden haben, dennoch ist es wahrscheinlich ein zusätzlicher und eigentlich völlig unnötiger Stressfaktor Angst, um den eigenen Job zu haben, für den man alles gibt und nicht viel mehr als einen abendlichen Applaus erhält. So oder in einer ähnlichen Art und Weise geht es gerade vielen jungen Frauen im Einzelnen und jungen Menschen im Allgemeinen. Anzumerken ist hierbei, dass es ausschließlich darum geht, die aktuelle Lage von jungen Frauen dazustellen, nicht Menschen verschiedener Altersgruppen oder Berufsstände gegeneinander aufzuwiegen oder auszuspielen. Das Ziel ist darzustellen, mit welchen Problemlagen gerade junge Frauen konfrontiert sind, und die Angst um die eigene Existenzsicherung kann hierbei eine sehr grundlegende Problemstellung sein.[6] [7]

Clara Streicher

Auch wenn die Problemlagen dieser Frauen in der öffentlichen Debatte nicht immer präsent sind, so sind es zumindest gerade die Frauen, die alles am Laufen halten. Jedoch verschwinden Mädchen und ihre individuellen Problemlagen beinahe gänzlich aus dem gesellschaftlichen Blickwinkel.

[1] https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Gesundheitspersonal/_inhalt.html

[2] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167555/umfrage/frauenanteil-in-verschiedenen-berufsgruppen-in-deutschland/

[3] https://einzelhandel.de/beschaeftigungsstruktur

[4] https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap---ein-indikator-fuer-die-gleichstellung/137294

[5] https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/eine-bessere-versorgung-ist-nur-mit-halb-so-vielen-kliniken-moeglich/#c161737

[7] https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/info-beschaeftigte-1734774

[8] https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-frauen-supermarkt-1.4852054

[8] http://www.jugendhaus.net/home/presse/b_erhebung17/Besuchererhebung_2017.pdf

[9] file:///C:/Users/luies/Downloads/Abschlussbericht%20RWU%20stja%20-%20Karlsruhe.pdf

Die Jugendarbeit findet gerade zum größten Teil auf Social Media statt und viele der Pädagog*innen machen einen verdammt guten Job. Sie stampfen einfach so pädagogische Konzepte für Social Media aus dem Boden, um weiter mit den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kontakt zu bleiben und sie zu unterhalten, damit sie zuhause nicht durchdrehen oder draußen irgendwelchen Mist bauen. Jedoch spiegelt sich auch hier, wie auch in der alltäglichen offenen Jugendarbeit[8 9], wider, dass mehr männliche als weibliche Personen erreicht werden.

Damit verschwinden insbesondere junge Frauen und Mädchen aufgrund der aktuellen Lage komplett von der Bildfläche, da ihnen ihre Schutzräume genommen wurden. Natürlich ist es richtig und wichtig Schulen, Kindertageseinrichtungen, Jugendhäuser und andere Jugendangebote zu schließen, um das Infektionsrisiko möglichst zu minimieren. Damit werden jedoch auch viele Jugendliche und junge Erwachsene allein gelassen.

Wer kümmert sich nun um Maja, die seit einem Jahr auf der Straße lebt und in keiner Jungendwohngruppe bleibt? – Mobile Jugendarbeit darf momentan in vielen Kommunen nur auf Social Media stattfinden. Wo kann Hadije hin, wenn es ihr wieder zu viel wird, den ganzen Tag auf ihre 4 Geschwister aufzupassen, weil ihre Eltern arbeiten sind? - Schulen und Kindertageseinrichtungen haben geschlossen. Wohin kann sich Maria wenden, wenn sie die Wohnung nicht verlassen darf und ihr das Handy abgenommen wurde? - Die Jugendhäuser haben geschlossen und die Familienpfleger*innen haben Schwierigkeiten Familien aufzusuchen, die sich aufgrund des Infektionsrisikos weigern, diese zu empfangen. Woher sollen Sam und ihre Mutter wissen, was sie tun sollen, wenn sie die deutsche Sprache noch nicht so gut verstehen und ihnen niemand so genau sagt, was los ist, weil sie Frauen sind und deshalb nicht alles wissen müssen? - Die Beratung in Unterkünften für Menschen mit Fluchterfahrungen oder obdachlosen Familien findet weitestgehend telefonisch statt, was für einige Betroffene eine zu große Hürde sein kann.

Viele dieser Problemlagen sind nicht erst durch die Pandemie entstanden, aber sie verschärfen sich aufgrund der aktuellen Lage. Auch wenn viele Menschen im Sozialwesen kreative Lösungen finden, um für ihre Klient*innen präsent zu bleiben und ihr Bestes geben, so bleiben doch einige Menschen aufgrund der Kontaktsperre auf der Strecke, wie einige der genannten Beispiele zeigen.

Kurzfristige Lösungen wird es hierbei kaum geben können, es darf aber deshalb trotzdem zu keinem Stillstand in der aktuellen Politik kommen, weil die Pandemie alles überschattet. Die Problemlagen vieler Menschen verschwinden nicht einfach oder legen eine Pause ein, weil die Welt aufgrund einer Pandemie für einem Moment stillzustehen scheint. So müssen beispielsweise die Digitalisierung und der Zugang zu digitalen Medien für alle Menschen möglich sein, damit möglichst alle Menschen an wichtige Informationen gelangen und die Unterstützung erhalten können, die sie benötigen.

Bei den ganzen Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19 Virus darf nicht vergessen werden, dass es die Angebote und Einrichtungen aus den verschiedenen Bereichen des Sozialsystems nicht ohne Grund gibt.

Clara Streicher
Mitglied im ASF-Landesvorstand

IMPRESSUM

Herausgeberin
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711 - 6 19 36-0, Fax 0711 - 6 19 36-20

www.spd-bw.de
www.asf-bw.de

Layout
Dr. Gudrun Igel-Mann
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, www.ifk-berlin.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.